

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Sachstand zur Umsetzung des Aktionsplans kinderfreundliches Deutschland**

Die Bundesregierung hat im Jahr 2005 einen nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland“ für die Jahre 2005 bis 2010 vorgelegt. Darin werden sechs Handlungsfelder mit konkreten Maßnahmen und Zielen definiert, die es zu erfüllen gilt:

- Chancengerechtigkeit durch Bildung,
- Aufwachsen ohne Gewalt,
- Förderung eines gesunden Lebens und gesunder Umweltbedingungen,
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen,
- Entwicklung eines angemessenen Lebensstandards für alle Kinder,
- internationale Verpflichtungen.

Der nationale Aktionsplan knüpft insbesondere am zweiten Weltkindergipfel an, der im Jahre 2002 in New York stattfand. Mit der Unterzeichnung des Abschlussdokuments dieser Konferenz, das weltweit zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern beitragen soll, verpflichtete sich auch die Bundesrepublik Deutschland, einen nationalen Aktionsplan zu erstellen, der konkrete Ziele und Maßnahmen enthalten soll. Nun sind die Länder und Kommunen gefordert, den nationalen Aktionsplan zu konkretisieren und auch umzusetzen.

Ein entsprechender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Umsetzung im Lande Bremen wurde in der 37. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 17. März 2005 in die Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration überwiesen. Dort sollten zunächst Stellungnahmen der Fachressorts dazu eingeholt werden, inwieweit bereits jetzt die Ziele des Aktionsplans in den jeweiligen Ressorts umgesetzt werden. Mit Stand vom 6. Dezember 2005 hatte außer dem Magistrat Bremerhaven und dem Senator für Wirtschaft und Häfen keines der Ressorts geantwortet.

Wir fragen den Senat:

Inwieweit entsprechen die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven und das Land Bremen bereits jetzt den Vorschlägen des Aktionsplans? Wo ist die Umsetzung von diesbezüglichen Maßnahmen wegen rechtlicher Bestimmungen oder finanzieller Rahmenseetzungen erschwert? Welcher Handlungsbedarf wird hier gesehen?

- a) Wie gestaltet sich dies konkret für den Senator für Bildung und Wissenschaft?
- b) Wie gestaltet sich dies konkret für den Senator für Bau, Umwelt und Verkehr?
- c) Wie gestaltet sich dies konkret für den Senator für Inneres?
- d) Wie gestaltet sich dies konkret für den Senator für Wirtschaft und Häfen?
- e) Wie gestaltet sich dies konkret für den Senator für Justiz?
- f) Wie gestaltet sich dies konkret für den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales?
- g) Wie gestaltet sich dies für den Magistrat Bremerhaven?

Jens Crueger, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen